



AUSWERTUNG

Koalitionsvertrag Schleswig-Holstein

Berlin, 5. Juli 2022

Am 8. Mai 2022 wurde in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt. Die CDU mit Ministerpräsident Daniel Günther wurde mit starken Zuwächsen erneut und klar stärkste Partei, erreichte ihr bestes Ergebnis in Schleswig-Holstein seit 1983 und verfehlte eine absolute Mehrheit lediglich um ein Mandat. Während die Grünen ihr historisch bestes Ergebnis erreichten, verlor die FDP als einzige an der bisherigen Jamaica-Koalition beteiligte Partei an Stimmen (Endergebnis: CDU: 43,4%, Grüne 18,3%, SPD 16%, FDP 6,4%, SSW 5,7%).

Nach der Wahl gingen CDU und die Grünen in gemeinsame Koalitionsgespräche und einigten sich auf einen Koalitionsvertrag. CDU und die Grünen werden nun zum ersten Mal in einer gemeinsamen Koalition in Schleswig-Holstein regieren. Das Fundament für dieses neue Bündnis wurde bereits in den vergangenen Jahren mit der Jamaica-Koalition gelegt.

I. Neue Regierung

Daniel Günther wurde am 29. Juni erneut zum Ministerpräsidenten gewählt. Die neue Regierung besteht neben ihm aus fünf Ministerinnen und vier Ministern.

Ministerpräsident	Daniel Günther (CDU)
Ministerium für Finanzen	Monika Heinold (Grüne) – stellvertretende Ministerpräsidentin
Ministerium für Justiz und Gesundheit	Kerstin von der Decken (CDU)
Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport	Sabine Sütterlin-Waack (CDU)
Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz	Werner Schwarz (CDU)
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	Claus Ruhe Madsen (parteilos)



Ministerium für allgemeine und berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	Karin Prien (CDU)
Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung	Aminata Touré (Grüne)
Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur	Tobias Goldschmidt (Grüne)
Chef der Staatskanzlei	Dirk Schrödter (CDU)

II. Koalitionsvertrag

Unter dem Motto „Ideen verbinden – Chancen nutzen¹“ haben sich CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein auf einen Koalitionsvertrag für die nächsten fünf Jahre geeinigt.

In den nachfolgenden Abschnitten finden Sie eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen der künftigen Regierung in Schleswig-Holstein zu Themen, die aus Sicht der Internetwirtschaft von besonderer Relevanz sind. Weitere Details sind dem Koalitionsvertrag zu entnehmen.

▪ Digitalisierung

Nach Ansicht der Koalitionspartner muss bei der Gestaltung der Digitalisierung der Mensch im Mittelpunkt stehen. Er soll in die Lage versetzt werden, souverän und gleichberechtigt im Digitalen zu agieren. Der Digitalstandort Schleswig-Holstein soll zur digitalen Vorreiterregion in Europa werden. Die Koalition will umfassend und konsequent digital handeln und die Digitalisierung in allen politischen Bereichen mitdenken – auch wenn es darum geht, Entscheidungen datenbasiert besser abzustützen. Da das Internet ein weltumspannendes Netz ist, wird sich Schleswig-Holstein zukünftig auf Bundes-, Europa- und internationaler Ebene verstärkt in digitalpolitische Debatten einbringen.

In der vergangenen Legislaturperiode hat die Jamaica-Koalition ein Digitalisierungsprogramm aufgesetzt, das für die Handlungsfelder “Digitales Lernen und Arbeiten”, “Digitalisierung ländlicher Räume”, “Digitalisierung und Nachhaltigkeit” sowie “Moderne und innovative Verwaltung” konkrete Maßnahmen beschreibt. Die neue Regierung will zukünftig ihre Ressourcen noch zielgerichteter einsetzen und das Digitalisierungsprogramm zu einer ressortübergreifenden Digitalisierungsstrategie weiterentwickeln. Dabei sollen die

¹ https://www.cdu-sh.de/sites/www.cdu-sh.de/files/koalitionsvertrag_2022-2027_.pdf



einzelnen Ressorts nicht nur die formulierten Projekte eigenverantwortlich umsetzen, sondern auch laufend die Gelegenheit haben, weitere digitale Projekte innerhalb des strategischen Rahmens zu initiieren und in die Umsetzung zu bringen.

Die dynamische Entwicklung der Digitalisierung werden die Koalitionäre durch eine aktive Umsetzung des Digitalisierungsgesetzes nutzen und gestalten. Die Vorgaben des Gesetzes sollen evaluiert und mit dem Ziel weiterentwickelt werden, digitale Vorreiterregion zu werden. Die Ergebnisse sollen mit einem Digitalisierungsbeschleunigungsgesetz umgesetzt werden. Darauf aufbauend werden zukünftige Gesetzentwürfe vor Beschlussfassung einem umfassenden Digitalcheck unterzogen, um zum Beispiel ihre Digitaltauglichkeit zu prüfen und damit bessere Rechtssetzung zu erreichen. Gesetze und Verordnungen sollen auf Digitalisierungshemmnisse überprüft werden, um diese zu beseitigen.

Einschätzung

Ein ganzheitlicher Ansatz im Rahmen einer Digitalisierungsstrategie für Schleswig-Holstein ist ein richtiger Schritt für die konsequente Digitalisierung in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen.

Auch die Prüfung zukünftiger Gesetze auf Digitaltauglichkeit ist ein wichtiger Punkt und aus Sicht der Internetwirtschaft positiv zu bewerten.

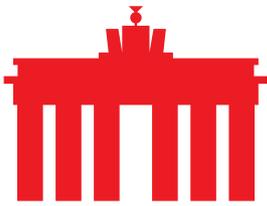
▪ **Digitale Souveränität**

Für CDU und Grüne ist staatliche (digitale) Souveränität im Sinne von Selbstbestimmung essentiell. Die Digitale Souveränität des Landes könne sichergestellt werden durch die Unabhängigkeit von Drittanbietern (zum Beispiel proprietäre Software). Die Unabhängigkeit wird unter anderem gewährleistet durch eine vielfältige Anbieterlandschaft, offene Standards und das Nutzen von Open-Source-Lösungen. Dies soll zur Sicherung einer souveränen Verwaltung unter Beachtung von Sicherheit, Verfügbarkeit und Wirtschaftlichkeit genutzt werden. Voraussetzung für die Nutzung und Akzeptanz eines flächendeckenden Einsatzes von Open Source-Produkten ist für die schwarz-grüne Koalition, dass die gewohnten Funktionalitäten mindestens in gleicher Qualität und kompatibel mit anderen Verfahren verlässlich funktionieren sowie verfügbar sind und dass bei Einführung ein umfassendes Veränderungsmanagement (Change Management) aufgesetzt wird.

Gemeinsam mit den Kommunen soll zudem der Weg der IT-Konsolidierung einer gemeinsamen souveränen, digitalen Cloud-Infrastruktur der öffentlichen Verwaltung verfolgt werden.

Einschätzung

eco sieht die Ansätze zur digitalen Souveränität positiv. Offene Standards, Schnittstellen und APIs ermöglichen mehr und bessere Interoperabilität. Redundante Systeme sorgen für hohe Verfügbarkeit und Funktionalität.



▪ **Datenpolitik und Datenschutz**

Die Koalition will den Schatz von mit öffentlichen Mitteln erwirtschafteten, nicht personenbezogenen Daten heben, indem sie diese nach den Prinzipien der Open Data, also unter anderem zeitnah, kosten- und lizenzfrei, zur Verfügung stellen.

Es soll eine Landesdatenbereitstellungs- und -nutzungsoffensive gestartet werden, die neben dem Aufbau eines Kompetenzzentrums für Datenmanagement, in dem Daten-know-how gebündelt wird, einen weiteren Kern der künftigen Landesdatenstrategie bilden wird.

In der Verwaltung soll eine Datenkompetenz (Data Literacy) mit einer Kultur des Datenteilens und Datennutzens geschaffen werden.

Die Entwicklung gemeinsamer Datenstandards, mit denen Daten nach allgemein gültigen Kriterien und einheitlichen maschinenlesbaren Formaten aufbereitet und in hoher Qualität nutzergerecht mit offenen Schnittstellen zur Verfügung gestellt werden, soll forciert werden. Ziel ist es, Datensilos aufzubrechen und die vielfältigen Daten des öffentlichen Sektors kostenfrei zugänglich und nutzbar zu machen. Dazu gehört die Entwicklung einer leistungsfähigen Dateninfrastruktur und von Datenräumen, die Datenportabilität und Dateninteroperabilität ermöglichen

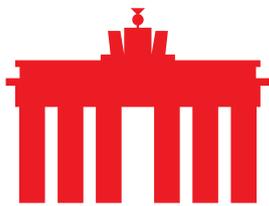
Der rechtliche Rahmen für die Beschleunigung soll in einem Landesdatennutzungsgesetz gebündelt werden, mit dem die rechtlichen Hürden in der Nutzung von Daten abgebaut werden sollen.

Insgesamt strebt die Regierung - gerade mit Blick auf nicht-personenbezogene Daten - einen besseren Zugang zu Daten an, um diese im Sinne des Gemeinwohls zu nutzen und zu ermöglichen, dass insbesondere Start-ups sowie KMU innovative digitale Anwendungen auf den Markt bringen. Für neue datengetriebene Geschäftsmodelle brauche es neue Datentreuhändermodelle, Lizenzen und innovative Datenschutzlösungen durch Technik (privacy by design, privacy by default). Die Forschung für Technologien zur Anonymisierung großer Datenbestände wird die Regierung unterstützen. Ebenso sind durchgehenden Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen und überprüfbare Open Source-Software wichtige Bausteine, um Transparenz herzustellen, digitale Souveränität zu stärken und die informationelle Selbstbestimmung zu garantieren.

Dem Datenschutz kommt für die Koalition eine bedeutende Rolle im Digitalen zu. Ein effektiver und moderner Datenschutz schützt die Menschenwürde und nimmt auch überindividuelle Risiken in den Blick. Der Schutz von Daten ist auch die Basis für Vertrauen bei digitalen Lösungen.

Einschätzung

Grundsätzlich ist ein Engagement im Bereich des Umgangs mit Daten, insbesondere bei Open Government Data, sowie gemeinsame Datenstandards positiv zu bewerten. KMU können von den Breitgestellten Daten profitieren und mit ihren angebotenen Dienstleistungen ökonomische und gesellschaftliche Mehrwerte bieten. Ein Landesdatennutzungsgesetz sollte im Einklang mit nationalen und europäischen Regelungen stehen, um eine Fragmentierung des Rechtsrahmens in



der EU oder in Deutschland zu verhindern. Hier sind die zu erwartenden Wechselwirkungen noch unklar.

Die Förderung von Datenkompetenz in der Verwaltung ist positiv zu bewerten, da die Nutzung von Daten eine wichtige Grundlage für eine effiziente Verwaltung darstellt. Die Entwicklung einheitlicher Datenstandards ist zu begrüßen, da sie das Teilen und Nutzung von Daten vereinfacht, wenn sie den europäischen Initiativen auf diesem Gebiet nicht entgegenstehen.

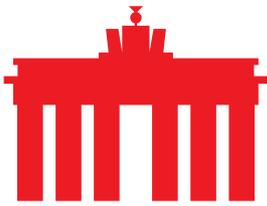
▪ **Klima und Umwelt**

Schleswig-Holstein soll erstes klimaneutrales Industrieland in Deutschland werden und dieses Ziel bis 2040 erreichen. Ziel der Politik ist es, die Lebensgrundlagen, Freiheit, Sicherheit und den Wohlstand unserer und nachfolgender Generationen zu sichern. Das Pariser Klimaabkommen ist für die schwarz-grüne Koalition dabei verbindliche Leitlinie. Die Koalition bekennt sich dazu, ihre politische Arbeit auf die Erreichung eines Pfads zur Klimaneutralität, der die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels ermöglicht, auszurichten. Die Koalitionspartner sind überzeugt, dass in der Klimaneutralität eine große Chance für den Wohlstand, die Versorgungssicherheit, die Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit liegt. Dabei soll der Klimaschutz in der Schleswig-Holsteinischen Verfassung verankert werden. Das Kabinett wird sich in einer jährlichen Klimaklausur der Erreichung der Klimaziele widmen.

In einem Klimaschutzprogramm 2030 wird die Landesregierung auf den Maßnahmenfahrplänen aufbauend darlegen, mit welchen Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene die Treibhausgas (THG)-Minderungs- und EE-Ausbauziele 2030 in Schleswig-Holstein erreicht werden können. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn der durch Erneuerbare Energien erzeugte Strom auch zu den Verbrauchszentren transportiert werden kann. Der Aus- und Neubau von Stromleitungen ist für die Regierung daher für das Erreichen der Klimaschutzziele unabdingbar.

Einschätzung

Das von den Koalitionären vereinbarte Ziel zum klimaneutralen Industriestandort Schleswig-Holstein ist grundsätzlich zu begrüßen. Jedoch gibt es einzelne Sektoren z.B. Rechenzentrumsbranche, in denen der Bund (klimaneutraler Rechenzentrumsbetrieb für Neubauten ab 2027) und die EU (klimaneutraler Rechenzentrumsbetrieb ab 2030), mehr Ambitionen fordern. Wenngleich noch nicht abschließend erörtert worden ist, wann ein klimaneutraler Betrieb digitaler Infrastrukturen anzunehmen ist, muss die Landespolitik entsprechende Leitplanken schaffen, damit einzelne Branche die ihnen auferlegten Sektorziele in der geforderten Zeit erreichen können.



▪ **Digitale Infrastrukturen**

Digitale Infrastruktur sollen technisch zeitgemäß und rechtssicher genutzt und ausgebaut werden. Ziel bleibt es, bis spätestens 2025 in allen Regionen des Landes für Glasfaseranschlüsse gesorgt zu haben. Hierzu wird die Zusammenarbeit mit den Netzbetreibergesellschaften weitergeführt. Dabei sollen zukünftig die Verkehrsachsen und ländlichen Gebiete in den Fokus genommen werden. Zur verbesserten Ausnutzung der verbauten Mobilfunkinfrastruktur will sich die Regierung weiterhin für eine gemeinsame Netznutzung (National roaming) einsetzen, bei der zuvorderst marktwirtschaftliche Anreize greifen. Verpflichtungen dürfen kein Hemmnis für den Netzausbau werden. Außerdem wird der Ausbau freier WLAN-Netze in Schleswig-Holstein weiter vorangetrieben.

Einschätzung

Das Bekenntnis zu einem marktbetriebenen Netzausbau ist positiv zu bewerten. Zu leistungsfähigen und modernen digitalen Infrastrukturen gehören jedoch nicht nur Netze, sondern auch Rechenzentren. Um eine funktionsfähige und verlässliche Infrastruktur in die Fläche zu gewährleisten, muss aus Sicht des eco der Infrastrukturausbau auf beiden Ebenen erfolgen.

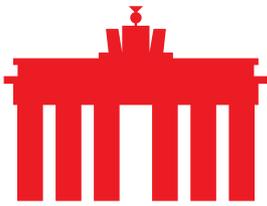
▪ **Digitalisierung und Nachhaltigkeit // Green IT**

Die Digitalisierung soll so gestaltet werden, dass sie dem Ziel, Energiewendeland Nummer 1 zu bleiben, unterstützt. Die schwarz-grüne Koalition möchte die bundesweite Position als führender Green-IT-Standort ausbauen. Hierzu werden Ansiedlungen energieintensiver Infrastrukturen, wie zum Beispiel Rechenzentren, in unmittelbarer Nähe zu Erzeugern grüner Energien gefördert. Zudem soll die Abwärme von Rechenzentren genutzt werden. Dabei will die Regierung gezielt unterstützen. Schleswig-Holstein wird Firmengründungen im Bereich einer modernen Kreislaufwirtschaft mit Schwerpunkt auf IT-Komponenten fördern.

Bestehende IT-Hardware- und Softwarelösungen sollen auf ihren Beitrag zur Klimaneutralität und hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den globalen Nachhaltigkeitszielen geprüft und entsprechend angepasst werden.

Einschätzung

Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Zielebenen, d.h. Infrastrukturausbau, Abwärmenutzung und die IT-Entwicklung spiegeln zentrale Ziele der Allianz zur Stärkung digitaler Infrastrukturen wider. Insbesondere beim Thema "Green IT/ Green Coding" sehen eco und die Allianz zur Stärkung digitaler Infrastruktur erhebliche Potentiale, die der wissenschaftlichen Aufarbeitung bedürfen. Zentrale Erkenntnisse z.B. zum Green Coding müssen Bestandteil der Ausbildung/dem Studium von Informatikern werden.



▪ **Digitale Wirtschaft**

Die Digitalisierung des Mittelstands soll vorangetrieben werden. Die Digitalisierung in allen Wirtschaftsbereichen soll weiter unterstützt werden.

Digitale Vorreiterregion zu sein, bedeutet, ein starkes digitales Ökosystem mit einer starken und vernetzten digitalen Wirtschaft zu haben. Die Landesregierung versteht die Clusterorganisation Digitale Wirtschaft Schleswig-Holstein (DiWiSH) als einen Digital Agents bei der Transformation von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Sie wird daher die digitale Wirtschaft weiter stärken und dafür die DiWiSH verstetigen.

Die Zukunftsfelder der maritimen Wirtschaft sollen ausgebaut werden. Hierzu zählt für die Landesregierung insbesondere das große Potenzial einer digitalisierten maritimen Wirtschaft. Sie unterstützt daher bestehende Ansätze für die Etablierung eines wirtschaftlichen Ökosystems auf Basis von GAIA-X.

Einschätzung

Der Ansatz, auf bestehenden Bundesprojekten mit entsprechenden offenen Infrastrukturen wie GAIA-X aufzusetzen, ist begrüßenswert. Der Mittelstand braucht mehr und gezielte Unterstützung (u.a. finanzielle Förderung und berufliche Aus- und Weiterbildung) bei der Digitalisierung seiner Geschäftsprozesse und Geschäftsmodelle. Der Mittelstand ist besonders vom Fachkräftemangel betroffen, was zwangsläufig mit schleppender Digitalisierung der Unternehmen sowie Risiken der Cybersicherheit einhergeht. Es bedarf daher gezielter Unterstützung, um "digitalen Fachkräftemangel" einzudämmen.

▪ **Digitaler Staat und Entbürokratisierung**

Die Umsetzung des OZG bedeutet nicht nur das Verfügbarmachen von Dienstleistungen online, sondern eine umfassende Digitalisierung der internen Verwaltungsabläufe und Prozesse. Um die Verwaltungsdigitalisierung auf eine neue Ebene zu heben, strebt die Koalition an, dass die vor- und nachgelagerten Prozesse rund um die Fachverfahren des OZG sowie alle (Beratungs-)Angebote und Dienste des Landes digitalisiert werden. Dabei sollen Verwaltungsprozesse im Sinne der Digitalisierung optimiert und digital bürgerinnen- und bürger- sowie nutzerfreundlich gestaltet werden. Bei der Umsetzung des OZG setzt die Regierung zudem auf die Einbindung der digitalen Wirtschaft, um Wertschöpfung in unserem Land zu sichern.

Die bereits begonnene Digitalisierung von Beschaffungs- und Rechnungsprozessen der öffentlichen Verwaltung wird weiter konsequent fortgesetzt und nachhaltig optimiert. Wesentliche Elemente der Verwaltungsmodernisierung sind dabei effiziente Verwaltungsprozesse, eine funktionierende IT-Infrastruktur sowie



akzeptierte und bedienerfreundliche IT-Anwendungen. Ziel ist im öffentlichen Dienst eine "Kultur der Digitalität", die durch ein entsprechendes Mindset der Mitarbeitenden gestützt wird.

Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden (Verfahrensdauer halbieren). Ziel ist die konstruktive Begleitung der Genehmigungsbehörden bei Infrastrukturprojekten und Großplanungen im Interesse des Landes.

Einschätzung

Die Einbindung der digitalen Wirtschaft bei der Umsetzung des OZG wird positiv gesehen. Es ist jedoch fraglich, inwiefern die weitere Digitalisierung des Verwaltungswesens voranschreitet, da für dieses Jahr ein Update des OZG („OZG 2.0“) erwartet wird und die gesetzten Ziele für das OZG bislang nicht erreicht werden konnten.

Eine Kultur der Digitalität sowie Entbürokratisierungsprozesse durch schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren werden begrüßt und sollten insbesondere bei Infrastrukturprojekten zügig realisiert werden.

▪ **Games-Wirtschaft**

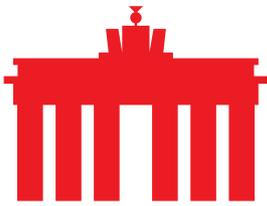
Nach Ansicht der schwarz-grünen Koalition hat Schleswig-Holstein die besten Voraussetzungen, ein wichtiger Standort der Entwicklung und Produktion von Games zu werden. Spannende Start-Ups und etablierte Unternehmen aus dem Bereich der Games-Wirtschaft haben sich bereits angesiedelt. Es gilt, die guten Standortbedingungen, beispielsweise Studiengänge in den Fachrichtungen Informatik, Kunst oder Grafikdesign, ebenso wie eine hervorragende Glasfaserabdeckung, nachhaltig zu sichern und weiterzuentwickeln. Darüber hinaus soll die Entwicklung einer Games-Wirtschaft-Struktur im Land aktiv befördert werden.

Einschätzung

Ein Engagement in der Gaming-Industrie ist begrüßenswert. Die Gaming-Industrie kann jungen Menschen einen Zugang zur digitalen Wirtschaft und in IT-Berufe bieten, weswegen eine Förderung in diesem Bereich positiv gesehen wird.

▪ **IT-Sicherheit**

Bei allen staatlichen IT-Projekten muss IT-Sicherheit von Anfang an mitgedacht und implementiert werden. Dafür wird die Landesregierung für die Bürger:innen, Unternehmen und die öffentlichen Verwaltungen einen Cyberschutzschirm für Schleswig-Holstein spannen. Es soll überprüft werden, inwieweit die Anforderungen an die IT-Sicherheitsarchitektur für die Verwaltungen in einem Cybersicherheitsgesetz vereinheitlicht werden können.



Die Landesregierung will die Kompetenzen zur Beratung von Bürger:innen, Unternehmen sowie öffentlichen Einrichtungen hinsichtlich präventiver Maßnahmen zur Absicherung von IT-Infrastrukturen sowie zur Unterstützung von betroffenen Bürger:innen und Unternehmen bei Cyberangriffen unter Einbeziehung der Digitalwirtschaft und Wissenschaft bündeln und optimieren.

Zur Effektivierung der Strafverfolgung und Verfolgung auch von IT-Sicherheitsvorfällen und Angriffen auf kritische Infrastrukturen soll eine Cyberhundertschaft in Dienst gestellt werden.

Die Koalition wird sich in entsprechenden Debatten auf Bundesebene, beispielsweise um die Fortschreibung der IT- Sicherheitsgesetzgebung und der Rechtsgrundlagen für die Zusammenarbeit in Einrichtungen wie dem Cyberabwehrzentrum (CAZ) oder Verpflichtungen zur benutzerfreundlichen Bereitstellung von Sicherheitsupdates, aktiv einbringen. Zudem will sie sich dafür einsetzen, dass nicht-vertrauenswürdige Unternehmen beim Ausbau digitaler Infrastrukturen nicht berücksichtigt werden.

Einschätzung

Eine Stärkung der IT-Sicherheit ist aus Sicht des eco zu begrüßen. Eine verbesserte personelle und technische Ausstattung in Form einer Cyber-Hundertschaft wird ebenfalls positiv bewertet. Der Ausschluss "nicht vertrauenswürdiger Unternehmen" beim Ausbau digitaler Infrastrukturen ist nachvollziehbar. Hier bedarf es einer klaren und eindeutigen Definition und Anforderungen für die Wirtschaft.

▪ **Innere Sicherheit und Strafverfolgung im Netz**

Die neue Landesregierung erkennt eine kontinuierlich ansteigende Zahl von Straftaten im digitalen Raum. Die Arbeit der Landespolizei, insbesondere gegen Kindesmissbrauch, Hasskriminalität und Hetze im Netz sowie Schwerst- und Massenkriminalität im digitalen Raum, soll daher weiter gestärkt werden. Das umfasst auch Betrug und Angriffe auf sowie über die IT-Sicherheit von Unternehmen und kritischer Infrastruktur. Es soll deshalb die digitale Kompetenz, Einsatzfähigkeit sowie Schlagkraft der Polizei weiterentwickelt werden.

Die Koalition strebt eine zielgerichtete Strafverfolgung im Netz, unter anderem durch das sog. Quick Freeze Verfahren, an. Zur effektiven Gefahrenabwehr und Strafverfolgung werden ein gemeinsames Datenhaus, die Entwicklung einer Datencloud sowie gemeinsame Vorgangs- und Fallbearbeitungssysteme weiter vorangetrieben.

Im Kampf gegen Darstellungen sexuellen Missbrauchs soll die Landespolizei personell gestärkt und die Beschäftigten bei der Auswertung der beschlagnahmten Datenträger durch einen flächendeckenden Einsatz von Bilderkennungssoftware



entlastet werden. Die Regierung wird sich für einen bundesweit abgestimmten Melde- und Löschprozess einsetzen. Zudem möchte sie den Kampf gegen Hass und Hetze im Internet weiter entschieden angehen.

Im Koalitionsvertrag haben sich die Koalitionsparteien auf die Verabredung geeinigt, dass alle Sicherheitsgesetze nur im Konsens vollzogen werden.

Einschätzung

Eine verbesserte personelle und technische Ausstattung bei den Strafverfolgungsbehörden zur Bekämpfung illegaler Inhalte greift eine Kernforderung von eco auf und findet volle Unterstützung. Der Ansatz „Löschen statt Sperren“ wird ebenfalls ausdrücklich unterstützt. Auch das Bekenntnis der Landesregierung zu gemeinsamen Prozessen zur Bekämpfung illegaler Inhalte ist positiv zu bewerten – das einzelstaatliche Handeln der Bundesregierung mit dem NetzDG hat bei EU-weit agierenden Unternehmen zu Rechtsunsicherheiten geführt. Weiteres Ausdifferenzieren der Rechtsgrundlagen in diesem Kontext darf nicht zunehmen, da Rechtsunsicherheiten und die Umsetzbarkeit für die betroffenen Unternehmen parallel zunehmen.

Die Koalition möchte eine zielgerichtete Strafverfolgung im Netz, die anlassbezogen sein soll. Dies entspricht dem Konzept „Quick Freeze“. Inwieweit dieser Ansatz mit den von der Bundesregierung verfolgten Ansätzen kompatibel ist, oder auf Landesebene eine eigenständige Regelung verfolgt wird, bleibt abzuwarten. Insbesondere kommt es auf die konkrete Ausgestaltung des Quick-Freeze Verfahrens an.

▪ **Zukunftstechnologien**

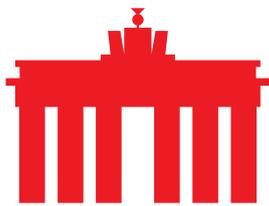
In der kommenden Legislaturperiode wird die Regierung den Einsatz und die Anwendung von KI-Technologien zu einem Digitalisierungsschwerpunkt machen.

Die Landesregierung will die Landesverwaltung zur Pionierin und zur Vorreiterin beim Einsatz sowie bei der Anwendung von KI entwickeln. Chatbots sowie Sprach- und Bilderkennung sollen für verbesserte Prozessabläufe zum Standard werden. Außerdem soll der KI-Expertenrat seine Arbeit fortsetzen.

Zudem wird die Landesregierung den Digitalisierungspreis des Landes fortführen und eine zusätzliche herausgehobene Preiskategorie für digitale Innovationen ausloben.

Einschätzung

eco sieht den Einsatz von KI sowie die Initiativen und Investitionen positiv.



▪ **Mobilität**

Die Landesregierung gibt den Bürger:innen Schleswig-Holsteins eine Mobilitätsgarantie. Dazu will sie eine landesweite digitale Mobilitätsplattform aufbauen, perspektivisch mit Hilfe von KI- Anwendungen, um Mobilitätsangebote besser zu vernetzen.

Einschätzung

Mobilität ganzheitlich und vernetzt zu begreifen ist insbesondere aus ökologischer Perspektive nachvollziehbar und wird positiv bewertet. Die Digitalisierung im Bereich von Mobilitätsdiensten und -lösungen kann hier Enabler für eine neue Form und die Zukunft der Mobilität werden.

▪ **(Weiter-)Bildung und Arbeit**

Die neue Landesregierung möchte Chancengerechtigkeit weiter stärken, Zukunftskompetenzen in den Blick nehmen, Bildungseinrichtungen neue Freiheiten geben und die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. Dazu plant sie unter anderem die Einführung von Informatik als Pflichtfach und die Fortsetzung der MINT-Offensive. Den Frauenanteil bei MINT-Berufen will die Regierung weiter steigern und dafür das Projekt „Komm mach MINT“ vorantreiben. Es soll eine Kultur der Digitalität in Schulen geschaffen und eine Landesstrategie Digitale Schule entwickelt werden. Auch die nachhaltige Finanzierung der Bildungsdigitalisierung soll sichergestellt werden.

Schüler:innen soll von Anfang an altersgerecht und fähigkeitsbasiert die notwendigen Kompetenzen im Gebrauch digitaler Endgeräte, Instrumente und Werkzeuge sowie der Medienbildung vermittelt werden. Die Landesregierung möchte außerdem die Medienkompetenz aller Schleswig-Holsteiner:innen unter Beachtung eines sich stetig verändernden Mediennutzungsverhaltens stärken. Daher wird sie den begonnenen Prozess der Entwicklung einer neuen Medienkompetenzstrategie vollenden.

Einschätzung

Die Pläne der neuen Landesregierung im Bereich der (Weiter-) Bildung werden positiv gesehen, insbesondere im Bereich der Stärkung von Medienkompetenzen. Eine digital versierte Gesellschaft ist Grundpfeiler für einen resilienten und souveränen digitalen Staat. Die Vermittlung digitaler Kompetenzen ist daher aus Sicht des eco unverzichtbar, damit alle Bürger:innen vom digitalen Wandel profitieren können und die Chancen der Digitalisierung nutzen. Sie ist außerdem essenziell, wenn es um den Kampf gegen Hass und Hetze sowie Desinformation geht. Im Fokus sollte dabei nicht nur die rein formale Bildung (Schule, Studium und berufliche Aus- und Weiterbildung) stehen, sondern alle Bürger:innen sollten unabhängig von Alter und beruflicher/schulischer Bildung Zugang zu Bildungsplattformen haben.



III. Einschätzung und Bewertung

Mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag legen CDU und die Grünen einen konkreten Plan für ihr Handeln in Schleswig-Holstein in den nächsten fünf Jahren fest. Insgesamt werden die Pläne und Ziele der neuen Landesregierung als positiv und ambitioniert bewertet. Aus Sicht der Internetwirtschaft werden mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag zahlreiche digitalpolitische Vorhaben aufgegriffen, die zu nachhaltigen Fortschritten der Digitalisierung beitragen können. CDU und Grüne greifen auch einige zentrale Forderungen des eco auf, insbesondere im Bereich der IT-Sicherheit und bei den Themen der digitalen Infrastrukturen sowie Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

In manchen Bereichen wird das Risiko von Rechtsunsicherheiten bzw. Überregulierungen auf den verschiedenen politischen Ebenen, insbesondere bei der nationalen und europäischen Gesetzgebung, gesehen. Hier wird es wichtig sein, einheitliche und klare Regelungen für die Internetwirtschaft zu erzielen.

Über eco: Mit über 1.100 Mitgliedsunternehmen ist eco der größte Verband der Internetwirtschaft in Europa. Seit 1995 gestaltet eco maßgeblich das Internet, fördert neue Technologien, formt Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien. Leitthemen sind Zuverlässigkeit und Stärkung der digitalen Infrastruktur, IT-Sicherheit und Vertrauen sowie Ethik und Selbstregulierung. Deshalb setzt sich eco für ein freies, technikneutrales und leistungsstarkes Internet ein.